

Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in deutschen Länderparlamenten

5.6 Einschränkungen/Ausblick für weitergehende Forschung

Die quantitativen Interviews geben spärliche, aber aufschlussreiche Einblicke in die parteiinternen Abläufe. Da die Arbeit keine Repräsentativität beansprucht und der Zugang rein qualitativer ist, können die Erkenntnisse zwar im Zuge der bisherigen Literatur- und Forschungslage interpretiert, nicht aber für alle Parteien oder Bundesländer oder gar die für Situation von Frauen in der Politik verallgemeinert werden.

Die Hürden für eine weitere Forschung in diesem Bereich sind sicherlich hoch: Auch die zukünftige Forschung wird sich mit dem Problem intransparenter Strukturen, die oft dem transparenten Wahlprozess vorausgehen, auseinandersetzen müssen, ebenso wie mit der Möglichkeit, dass die Loyalität zur eigenen Partei so weit geht, dass unangenehme Ereignisse schlicht verschwiegen oder aber geschönt dargestellt werden.

Es wäre eine weitere Aufgabe für die zukünftige Forschung, den Einfluss des Geschlechts der Kandidaten auf das Wahlergebnis zu erörtern. Dies wird sich allerdings, aufgrund der extrem unterschiedlichen Ausgangslagen in den Bundesländern (Persönlichkeit, Wahlrecht, Wahlkreiszuschnitt, Parteienpräferenzen, Erfolge / Misserfolge der vergangenen Legislaturperiode, thematische Trends) sehr schwierig zu bewerkstelligen. Fest steht, dass sich einfache und generalisierende Aussagen, wie „weibliche Kandidaten schaden / nutzen einer Partei“ bei Wahlen verbieten. Hier können jeweils nur Einzelfälle untersucht werden, wobei sicherlich auch die Prägung der Region oder der Parteien eine Rolle spielt, ebenso wie die unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen sich Rollenbilder verändern: Denkbar ist beispielsweise, dass konservative Wähler eher Männer und Wähler linker Parteien eher Frauen mit einem leichten Bonus bevorzugen oder dass dörfliche Wähler ein anderes Verhältnis zu Kandidaten aufweisen als städtische etc.

Insgesamt bleibt die Frage der Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten auch deswegen so vielschichtig, weil sich zahlreiche Anknüpfungspunkte mit Stereotypen und Rollenbildern ergeben – je mehr Frauen in die Parlamente einziehen, umso „normaler“ wird dies schließlich auch angesehen, so dass es in dieser Hinsicht auch zu einer mentalen Gleichstellung kommen könnte. Die Repräsentanz von Frauen ist ein Feld, das auch weiterhin andauernden Veränderungen unterworfen sein wird und daher ein ergiebige Thema für weitere

Forschungsarbeiten darstellt – gerade im empirischen Bereich, aber auch im Hinblick auf die Neujustierung der theoretischen Basis.

Anhang: Begriffsdefinitionen

Nominierungsmuster

Darunter werden dabei alle jene Prozesse verstanden, die zur Auswahl, Prüfung, Diskussion und Aufstellung der Kandidaten führen. Die Problematik besteht darin, dass die Nominierungsmuster weder öffentlich noch transparent sind und daher die konkreten Beweggründe, die die Parteien zu einer Aufstellung einer Kandidaten führen, sich nicht von außen beschreiben lassen. Um dennoch einen Einblick zu erhalten, sollen qualitative Interviews mit weiblichen Abgeordneten durchgeführt werden – wobei jedoch auch zu berücksichtigen ist, dass der Prozess aus unterschiedlichen Gründen (wie aus Loyalität zur Partei oder dem Wunsch, negative Aspekte auszublenden) möglicherweise geschönt dargestellt wird. Aus diesem Grund ist ein Abgleich mit der entsprechenden Literatur nötig, so dass die Ergebnisse besser eingeordnet und bewertet werden können.

Quotenregelung

Der Begriff der „Quotenregelung“ bezieht sich auf eine wie auch immer vereinbarte (z. B. auf Verhandlungsbasis oder gesetzlich festgelegt) Maßnahme, einen gewissen Anteil an Stellen oder Ämtern an eine bestimmte Personengruppe zu vergeben. Dabei wird der Begriff in der vorliegenden Arbeit ausschließlich zur Beschreibung einer Regelung zugunsten von Frauen in politischen Ämtern genutzt. Die Grünen waren im Jahr 1979 die erste Partei, die für ihre Ämter eine mindestens paritätische Besetzung vorschrieben, die SPD zog im Jahr 1988 nach, beschränkte sich aber auf einen Anteil von 33% Frauen. Die Quotenregelung wäre, dem vorgestellten Rational-Choice-Modell nach, nur dann sinnvoll, wenn sich die Parteien dadurch einen Vorteil in der Wählergunst versprechen.

Literaturverzeichnis

Beck, N., & Katz, J. (1995). What to Do (and Not to Do) with Time Series Cross Section Data. *American Political Science Review*, 89 (3), 634-664.

Davidson-Schmich, L. K., & Kürschner, I. (2011). Stößt die Frauenquote an ihre Grenze? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1, 25-34.

Froschauer, U., & Lueger, M. (2003). *Das Qualitative Interview*. Wien: Facultas.

Holtkamp, L., & Schnittke, S. (2008). Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentation von Frauen. *Femina Politica*, 2, 53-64.

Holtkamp, L., & Schnittke, S. (2010). *Die Hälfte der Macht im Visier - Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen*. Bielefeld: Verein zur Förderung kommunalpolitischer Arbeit - Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.

Kaiser, A., & Henzl, A. (2008). Wahlsysteme und Frauenrepräsentation. Ein Vergleich der deutschen Landesparlamente. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 167-184.

Kintz, M. (2012). Doppelquoten - ein Vorteil für ostdeutsche Parlamentarierinnen? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 4, 738-753.

Lamnek, S. (2010). *Qualitative Sozialforschung (5. Ausg.)*. Weinheim, Basel: Beltz.

Mayntz, R. (1999). Gibt es eine politische Klasse in Deutschland? . In W. Merkel, & A. Busch, *Demokratie in Ost und West (S. 425-434)*. Frankfurt: Suhrkamp.

Reichart-Dreyer, I. (2012). Wer wählt die Abgeordneten aus? Der Einfluss von Wählern und Parteien auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses von Berlin 1963-2011. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 1, 36-53.

Schlote, S. (2013). *Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik - Befunde und Handlungsempfehlungen*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Schmidt, M. G. (2010). *Demokratiethorien. Eine Einführung*. Bonn: VS.

Schnell, R., Hill, P. B., & Esser, E. (2008). *Methoden der empirischen Sozialforschung (8. Ausg.)*. München, Wien: Oldenbourg.

Schumann, S. (2012). Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren (6. Ausg.). München: Oldenbourg.

Schüttemeyer, S. S. (1998). Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schüttemeyer, S. S. (2005). Der Kandidat - das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3, 539-553.

Sunken, J., & Schubert, K. (2018). Ökonomische Theorien der Politik. Eine Einführung (2. Ausg.). Wiesbaden: Springer VS.

Weege, W. (2003). Karrieren, Verhaltensmerkmale und Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten. Berlin: Wissenschaftliche Dienste des Bundestages WD 01 - 069/03.

Wiechmann, E., & Holtkamp, L. (2011). Politische Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Gender, 3, 128-137.

Witzel, A. (1989). Das problemzentrierte Interview. In G. Jüttemann, Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder (S. 227-255). Heidelberg: Asanger.